

Im Zusammenhang mit der „digitalen Revolution“ bedarf auch das Thema „Smart City“ wenigstens der Erwähnung. Auf eine Definition wird hier verzichtet. Es gibt vielfältige Ansätze. Effizienzsteigerungen städtischer Systeme mithilfe der Informationstechnologie stellen ganz sicher in vielerlei Hinsicht eine Chance für die Stadt dar. Allerdings sind Konzepte und (Pilot-)Projekte aktuell überwiegend technologiegeprägt. Eine Ursache dafür dürfte in der starken Rolle der Industrie im derzeit laufenden Prozess liegen, die hier zu Recht eine neue interessante Erwerbsquelle sieht. Umso mehr ist aber die Einbeziehung auch der gesellschaftlichen Komponente dringlich.

Man muss es nicht so drastisch wie Hans Magnus Enzensberger formulieren, der vor einigen Wochen unter der Überschrift „Wehrt euch“ in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) gesagt hat: „Smart sind nicht diese Geräte oder die sie benutzen, sondern die Sie uns anpreisen, um unermessliche Reichtümer anzuhäufen und gewöhnliche Menschen zu kontrollieren.“ (FAZ v. 01.03.2014, S. 9)

Sehr viel differenzierter (und ausführlicher) hat der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, unter der Überschrift „Warum wir jetzt kämpfen müssen“ eine Diskussion zu dem Thema angestoßen (FAZ v. 06.02.2014, S. 25). Im Zuge dieser Diskussion hat der Vorstandsvorsitzende von Axel Springer SE, Matthias Döpfner, in einer Replik auf einen Artikel von Eric Schmidt, dem Chef von Google, ausgeführt: „Die Diskussion über die Macht von Google ist also keine Verschwörungstheorie von Ewiggestrigen. Sie [Eric Schmidt, d. Verf.] selbst sprechen von der neuen Macht der Macher, Eigentümer und Nutzer. Bei den Nutzern bin ich da langfristig nicht so sicher. Da folgt auf Macht schnell Ohnmacht. Und genau deshalb müssen wir diese Diskussion im Interesse eines langfristig gesunden Ökosystems der Digital-Ökonomie jetzt führen. Das betrifft den Wettbewerb, aber nicht nur den ökonomischen, sondern auch den politischen. Es betrifft unsere Werte, unser Menschenbild und unsere Gesellschaftsordnung weltweit und-aus unserer Perspektive-vor allem die Zukunft Europas.“ (FAZ v. 16.04.2014, S. 9)

Vor diesem Hintergrund bedarf es auch und gerade in den Städten dringend einer kritischen Reflexion, welche Elemente der digitalen Welt von der öffentlichen Hand gefördert werden und welche Elemente im Interesse von Werten, Menschenbild und Gesellschaftsordnung trotz technischer Möglichkeit und vielleicht auch positiven Effekten wie Effizienzsteigerung nicht zur Verwendung kommen sollten.

## DEMOGRAPHISCHER WANDEL

Für die Bundesrepublik ist die Kurzcharakteristik des demographischen Wandel s: „weniger, älter, bunter“ schon fast zum „geflügelten Wort“ worden.

Auf Ausführungen zum Thema „weniger“ wird hier verzichtet. Nach Datenlage ist es für die Stadt Wien auch bei einer längeren zeitlichen Perspektive nicht relevant.

Das „älter“, also die Veränderung der Alterspyramide hin zu einem höheren Anteil älterer Menschen stellt für die Städte unabhängig davon, ob sie von Bevölkerungswachstum oder-rückgang geprägt sind, eine erhebliche Herausforderung dar.

Wir haben die Aufgabe, die Stadt in all ihren Bestandteilen auch altersgerecht zu gestalten. Es geht also nicht nur um die Wohnung sondern auch um die Gewährleistung der Möglichkeit, aktiv am Leben in der Stadt teilzunehmen. Vordringlich ist dabei die Gewährleistung der Daseinsvorsorge mit dem Ziel, den älter werdenden Menschen möglichst lange das Verbleiben in der gewohnten Umgebung zu ermöglichen.

Hier gibt es direkte Interventionsmöglichkeiten wie zum Beispiel die barrierefreie Gestaltung des öffentlichen Raumes oder des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), aber auch indirekt wir-

kende Instrumente. Zum Beispiel gesamtstädtische Einzelhandelskonzepte, die eine wohnungsnah Grundversorgung gewährleisten. Auch manche Elemente von „Smart City“ können diesbezüglich durchaus unterstützend wirken.

Wir werden aber auch damit umgehen müssen, mindestens für die Bundesrepublik, dass ein höherer Anteil der älteren Stadtbewohner nur über ein vergleichsweise geringes Einkommen verfügt. Auch vor diesem Hintergrund sind der Erhalt und die Schaffung bezahlbaren Wohnraums also von Bedeutung.

Wenigstens hingewiesen werden soll auf die noch offene Frage, inwieweit es gelingt, die steigenden Kosten des Gesundheitssystems auf Dauer zu finanzieren. Je nach Entwicklung könnte für die Städte daraus ein Handlungsfeld mit erheblichen neuen finanziellen Belastungen entstehen.

Für die Städte in der Bundesrepublik ist angesichts der nach wie vor zu niedrigen „Reproduktionsrate“ die Zuwanderung, vor allem der Zuzug aus dem Ausland, der ausschlaggebende Faktor für die Bevölkerungsentwicklung.

Ein wesentliches konstituierendes Element der „europäischen Stadt“ war immer die Fähigkeit zur Integration von „Fremden“. Diese wiederum waren immer eine wichtige Ursache für die Bedeutung der Städte als „Innovationsmotor“. Für eine positive Entwicklung der Städte im 21. Jahrhundert wird es also auch wesentlich darauf ankommen, dass sie weiterhin in der Lage sind, diese Integrationsleistung zu vollbringen.

Wichtige Voraussetzung für das Gelingen von „Integration“ ist „Bildung“. Neben den Fragen des „wie“ der Bildungsvermittlung beinhaltet diese Frage auch den Aspekt des „wo“ und beide Themen sind miteinander zu verknüpfen. Interessant sind in diesem Zusammenhang Pilotprojekte, wie sie zum Beispiel die Montag-Stiftung in der Bundesrepublik in einigen Städte, so in Köln, angestoßen hat, die zum Ziel haben, Kindertagesstätten und Schulen unterschiedlicher Art miteinander zu vernetzen und sehr viel stärker als Element der Quartiersentwicklung zu begreifen und damit Stadtentwicklung im räumlichen Sinne und Bildungslandschaft intensiv miteinander zu verknüpfen.

## GEFAHR DER SOZIALEN SEGREGATION

Tendenzen zur Verschärfung der sozialen Segregation sind sowohl in „schrumpfenden“ als auch in wachsenden Städten zu beobachten. Die Entspannung der Wohnungsmarktsituation in Städten mit Bevölkerungsrückgang führt tendenziell zu stagnierenden oder sinkenden Mieten mit der Folge, dass Angehörige der Mittelschicht eine größere Wahlfreiheit im Hinblick auf die Wahl des Wohnstandortes haben. Damit erhalten Sie die Möglichkeit, Quartiere, in denen sie eine zu große Nähe zu sozial schwächeren Schichten empfinden, zu verlassen. In wachsenden Städten mit angespannten Wohnungsmarktverhältnissen und steigenden Mieten ist dagegen die Mittelschicht angesichts des begrenzt zur Verfügung stehenden Budgets für Kosten des Wohnens gezwungen, in Quartiere mit geringeren Mieten zu ziehen, mit der Konsequenz der Verdrängung sozial schwächerer Schichten. Diese Verdrängungstendenzen drohen die Integrationsfähigkeit der Städte, die diese, wie schon angesprochen, insbesondere seit der industriellen Revolution bewiesen haben, zu schwächen.

Segregation völlig zu vermeiden ist kaum möglich. Die Diskussion über die Frage, inwieweit sie nicht sogar in einem gewissen Maße Merkmal von „Stadt“ ist, wird seit langem geführt, kann hier aber nicht weiter ausgeführt werden. In jedem Fall muss es aber Ziel sein, sie im vertretbaren Rahmen zu halten. Das wird nur durch eine entsprechende Einflussnahme von Staat und Stadt möglich sein. Eine wesentliche Rolle spielt dabei die Wohnungsversorgung. In der Bundesrepublik zeigt sich gerade, wie gut beraten die Städte waren, die trotz finanzieller Engpässe der Verlockung, ihre Woh-